

Stellungnahme der internistischen Fachgesellschaften zur Impfpflicht gegen das SARS-CoV-2-Virus für alle Erwachsenen

Kernaussagen

- Die aktuelle Welle bringt das Gesundheitssystem an seine Grenzen
- Niedrige Impfquoten sind zentrale Ursache dieser Entwicklung
- Nur Impfungen können die Krankheitslast und Sterblichkeit nachhaltig reduzieren
- Die internistischen Fachgesellschaften befürworten uneingeschränkt eine allgemeine Impfpflicht für Erwachsene

Präambel: Die vierte Welle der SARS-CoV-2 Pandemie zeigt erneut eine hohe Krankheitslast und bringt wichtige Bereiche des Gesundheitssystems im ambulanten wie im stationären Sektor in Teilen Deutschlands an ihre Grenzen. Anders als im Winter 2020/21 sind Impfungen verfügbar, die das Potenzial haben, die Krankheitslast auch bei hohen Inzidenzen schnell und nachhaltig zu reduzieren. Alle Anstrengungen der Politik und der Wissenschaft dieses Ziel durch konsequente Impfungen zu erreichen sind bisher fehlgeschlagen. Eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern zögert oder lehnt es ab, sich selbst und andere durch eine Impfung zu schützen. Die internistischen Fachgesellschaften befürworten daher gerade in Hinblick auf den weiteren Verlauf der Pandemie in den kommenden Monaten und Jahren eine allgemeine Impfpflicht für Erwachsene gegen das SARS-CoV-2-Virus, um schnellstmöglich die Pandemie und ihre Auswirkungen nachhaltig kontrollieren zu können.

In der vierten Welle der Corona Pandemie in Deutschland sind die Inzidenzen sehr rasch angestiegen, Deutschland zeigt aktuell weltweit die zweithöchste Zahl an monatlichen Infektionen. Krankenhäuser und insbesondere Intensivstationen in vielen Regionen sind überlastet und dringende bzw. notfallmäßige Behandlungen können deshalb nicht mehr zeitgerecht durchgeführt werden. Sowohl die Inzidenzen als auch die Belastungen der Intensivmedizin korrelieren eng und eindeutig mit den regionalen Impfquoten.

Diese Entwicklung der 4. Welle ist auch im internationalen Vergleich ohne Zweifel auf die enttäuschend niedrige Impfquote in Deutschland zurückzuführen. Die entstandenen Belastungen für alle Bürgerinnen und Bürger sind durch die hohe Sterblichkeit, Langzeitfolgen der COVID-Infektion und psychische sowie soziale Folgen unverhältnismäßig hoch und werden noch weiter zunehmen. Aber auch die sekundären Folgen durch schlechtere Versorgung anderer Patienten sind schwerwiegend. In vielen Regionen Deutschlands stehen Intensivbetten nur noch eingeschränkt zur Verfügung, dadurch ist die Versorgung selbst von Notfällen deutlich erschwert, elektive Behandlungen werden zum Teil um viele Wochen verzögert.

Die Politik und die Wissenschaft haben seit der Verfügbarkeit der ersten Impfungen auf die konsequente Notwendigkeit einer Impfung als wichtigste Maßnahme zum Infektionsschutz und vor

allem zur Reduktion der Krankheitslast regelhaft und nachdrücklich hingewiesen. Impfungen reduzieren nachweislich das Risiko einer Virusübertragung und verhindern schwere Krankheitsverläufe. Diese Wirksamkeit besteht auch weiterhin bei den Virusvarianten Alpha und Delta trotz zunehmender Zahlen von Durchbruchinfektionen (siehe RKI Wochenbericht). Impfangebote wurden in Impfzentren, Arztpraxen, Krankenhäusern und vielen weiteren Einrichtungen unter sehr hohem Engagement der beteiligten Kolleginnen und Kollegen breit angeboten und beworben. Trotz vieler Appelle und Anreize haben viele Bürgerinnen und Bürgern es abgelehnt oder zögern weiterhin, sich durch eine Impfung selbst und andere zu schützen.

Die aktuelle vierte Welle und die Entstehung einer neuen besorgniserregenden Variante (Omikron) zeigen eindringlich, dass die Pandemie und ihre Folgen noch nicht kontrolliert sind. Unter der Virusvariante Omikron ist sogar eine deutlich höhere Infektionsdynamik zu befürchten. Daher muss jetzt konsequent gehandelt werden, um schnellstmöglich eine nachhaltige Kontrolle der Pandemie zu erreichen.

Neben Kontaktbeschränkungen zur kurzfristigen Senkung der Inzidenzen ist der einzige anhaltend wirksame Weg zu diesem Ziel die konsequente und möglichst vollständige Impfung zumindest der erwachsenen Bevölkerung. Alle sonstigen direkt gegen das Virus oder dessen Organschäden gerichteten Therapien sind in der Verhinderung der Komplikationen der SARS-CoV-2-Infektion sehr viel schlechter wirksam.

Deshalb unterstützen die internistischen Fachgesellschaften die umgehende Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für Erwachsene gegen SARS-CoV-2. Angesichts der hohen Zahl der durch die bisherige Impfkampagne nicht erreichten Menschen ist dieser Weg alternativlos. Die Einführung einer solchen Impfpflicht ist in der aktuellen Lage ethisch geboten und stellt keine unzumutbare Belastung für die Bevölkerung dar.

Eine alleinige einrichtungsbezogene Impfpflicht löst die vorgenannten Probleme nicht und kann allenfalls als vorgezogene Maßnahme dienen.

Alle unterzeichnenden Fachgesellschaften hoffen, dass eine allgemeine Impfpflicht die Krankheitslast und hier vor allem die Sterblichkeit wesentlich reduziert. Der Weg in die Normalität kann so geebnet werden und damit langfristig die gesellschaftliche Spaltung nachhaltig überwunden werden.

Koordinierende Ansprechpartner für die internistischen Fachgesellschaften:

DGI

Prof. Dr. Bernd Salzberger

DGIIN

Prof. Dr. Christian Karagiannidis

Prof. Dr. Uwe Janssens

DGIM

Prof. Dr. Georg Ertl

Fachgesellschaften

Deutsche Gesellschaft für Infektiologie e. V.

Deutsche Gesellschaft für Angiologie e. V.

Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie

Deutsche Gesellschaft für Geriatrie e. V.

Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensiv- und Notfallmedizin e. V.

Deutsche Gesellschaft für Kardiologie - Herz und Kreislaufforschung e. V.

Deutsche Gesellschaft für Nephrologie e. V.

Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin e. V.

Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie e. V.

Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin e. V.

Stellungnahme als PDF zum Download